

Haushaltsrede 2023

Bürgermeister Michael Esken

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist 18. Oktober 2022, 18.00 Uhr

Liebe Ratsmitglieder,

liebe Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung Verl,

inmitten dieser besonderen Zeit, in der wir uns gerade befinden, eine Haushaltsrede vorzubereiten, gestaltet sich nicht einfach. Denn wir alle können nicht voraussehen, wie sich die wirtschaftliche Situation angesichts des anhaltenden Krieges in der Ukraine – ausgelöst durch den Aggressor Putin – entwickeln wird: in der Welt, in unserem Land und damit auch in der Stadt Verl. Insoweit erhalten Sie heute ein Zahlenwerk, das nicht nur wie üblicherweise im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, sondern aufgrund von äußeren Einflüssen auch nach der Verabschiedung im Dezember möglicherweise noch deutliche Veränderungen erfahren wird. Dennoch ist es ein Anliegen aller am Haushaltsplan Beteiligten innerhalb der Verwaltung, Ihnen einen soliden Entwurf vorzulegen, der die Leistungsfähigkeit der Stadt Verl widerspiegelt. Es war gut, dass wir in den vergangenen Jahren für die anstehenden Projekte gespart haben, sodass wir jetzt, nach der Zeit des intensiven Planens der verschiedenen Vorhaben, mit dem Bauen beginnen können.

Liebe Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,

positiv denken und handeln, mit Mut in die Zukunft gehen und Krisen als Herausforderung verstehen und meistern! Das ist die Maxime, mit der wir auch unseren Bürgerinnen und Bürgern signalisieren sollten, dass wir uns von den unterschiedlichen Krisen nicht abhalten lassen, un-

sere Stadt Verl zu gestalten und für die Zukunft weiterhin gut aufzustellen. Natürlich jagt im Augenblick eine Krisenmeldung die nächste, eine Preiserhöhung folgt der anderen und Inflationsraten in bisher fast nie dagewesenen Höhen reihen sich monatlich aneinander. Solche Meldungen können einem durchaus den Mut und den Elan nehmen. Aber wie ich bereits ausführte, lassen wir uns davon nicht entmutigen. Wir greifen mit diesem Haushaltsplanentwurf bereits gesetzte Themen auf und gehen neue Themen an. Auf die Einzelheiten werde ich gleich eingehen.

Zunächst aber möchte ich feststellen, dass wir in Verl bislang gut sowohl durch die Corona-Krise als auch durch die Flüchtlingskrise gekommen sind. Daran haben Sie, liebe Ratsmitglieder, die Sie die Verwaltung durch entsprechende Beschlüsse unterstützt haben, entscheidend mitgewirkt. Gleiches gilt für meine Kolleginnen und Kollegen im Rathaus, die alle im Rahmen der Möglichkeiten und oft deutlich darüber hinaus mit angepackt haben, sowie für unsere engagierte Bürgerschaft in Verl, die ebenfalls eine tolle Unterstützung war und ist. Die Krisenbewältigung ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Momentan steigt die Zahl der geflüchteten Menschen in allen Kommunen deutlich an – auch bei uns in Verl. Wohnraum steht jedoch so gut wie nicht mehr zur Verfügung – und auch damit stehen wir nicht alleine. Wir brauchen dringend zusätzliche UnterkunftsKapazitäten. Ein entsprechender Aufruf an die Bevölkerung, eventuell leerstehenden Wohnraum anzubieten, ist gestartet. Und ich bitte Sie, liebe Ratsmitglieder, hier ebenfalls um Unterstützung, da Sie bekanntlich in der Stadt gut vernetzt sind.

Auch dieses Problem gehen wir also aktiv und hoffentlich gemeinsam an. Denn wer lediglich lamentiert und nur das Schlechte sieht, der vergibt aus meiner Sicht wichtige Prozentpunkte seiner Schaffenskraft.

Nicht nur in Krisenzeiten, sondern für alles im Leben gilt: Wer das Positive sieht, hat mehr Freude an dem, was er tut. Und meistens gelingt es auch besser. Das gilt auch für die Arbeit. Um gute Arbeit leisten zu können, müssen natürlich auch die Rahmenbedingungen stimmen. Das wiederum ist durchaus ein dynamischer Prozess, entsprechend dem Wandel unserer Lebens- und Arbeitsgewohnheiten bzw. -bedingungen. Stadtverwaltungen machen dabei keine Ausnahme. Gemeinsam mit dem Personalrat arbeiten wir deshalb stetig an den Rahmenbedingungen für eine moderne Dienstleistungsverwaltung, sowohl mit Blick auf die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Rathaus als auch auf die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Das mobile Arbeiten etwa ist ein Thema, das immer mehr in den Fokus rückt. Hier hat sich inzwischen gezeigt, dass es auch in der Verwaltung mit dem Arbeiten zu Hause klappt. Die fortschreitende Digitalisierung mit einem neuen Dokumentenmanagementsystem und einem erweiterten Bürgerportal sind dabei wichtige Bausteine, um die Verbindung zwischen Verwaltung und Bürgerschaft transparenter und schneller zu gestalten.

Ganz bewusst habe ich diesmal zu Beginn meiner Haushaltsrede die Mitarbeitenden und die Digitalisierung in den Vordergrund gestellt. Denn all das, was ich Ihnen in den nächsten Minuten aufzeigen werde, ist nur dann umsetzbar, wenn die Kolleginnen und Kollegen im Rathaus mit Freude, Einsatzbereitschaft und Fleiß sowie – ganz wichtig – mit einer entsprechenden technischen Ausstattung Tag für Tag an den Start gehen können. Für die Digitalisierung sind im Haushaltsplan unter verschiedenen Positionen insgesamt rund 2,2 Mio. EUR vorgesehen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2023 enthält unendlich viele Aufträge an die Stadtverwaltung, an die Kolleginnen und Kollegen in den Außenstellen und auch an mich als Bürgermeister. Ich kann Ihnen versprechen: Wir werden unser Bestes geben – weil es nicht nur unsere Aufgabe ist, sondern weil wir auch Freude daran haben, Ver gemeinsam mit Ihnen zu gestalten.

Nach diesem Vorspann möchte ich nun einzelne Projekte grob skizzieren. Das detaillierte Zahlenwerk wird Ihnen dann der Kämmerer in seinem Beitrag näherbringen.

Im Mittelpunkt der Bautätigkeit stehen in den nächsten Jahren fünf, ich betone fünf, größere Baumaßnahmen:

1. die Sanierung und der Neubau der Gesamtschule,
2. der Neubau des Hallenbades,
3. der Neubau einer Veranstaltungshalle und einer Aula,
4. der Bau des Feuerwehrgerätehauses in der Sürenheide
und
5. die Sanierung der Ostwestfalenhalle.

Alle genannten Maßnahmen werden in 2023 ihren ersten Spatenstich erfahren. Das bedeutet, dass ab diesem Zeitpunkt neben den bereits verauslagten Ingenieurskosten – darüber könnte ich auch ein Buch schreiben, dass diese Kosten mittlerweile fast 30 % des Gesamtvolumens einer Baumaßnahme ausmachen – tatsächlich Baukosten für die Umsetzung von Steinen und Materialien erfolgen. Das wird wiederum zu einem größeren Abfluss liquider Mittel der Stadt VerL führen. Es ist kein Geheimnis, dass wir rund 110 Mio. EUR auf der hohen Kante in Spezialfonds und nochmals 13,28 Mio. EUR auf Festgeldkonten parken. Aufgrund der Krisensituation wäre es mit Stand heute allerdings sehr kontraproduktiv, wenn wir die Fonds auflösen würden. Für die Liquiditätssicherung soll daher im investiven Bereich des Haushaltsplans eine Möglichkeit geschaffen werden, hier partiell mit einer Darlehensermächtigung zu arbeiten: Entweder sollen Fondsanteile veräußert werden, soweit sie gewinnbringend sind, oder es soll eine Überbrückung mit einem Investitionskredit erfolgen, der natürlich nur in Anspruch genommen wird, wenn er wirtschaftlich günstiger ist als der Verkauf von Fondsanteilen. Damit die Verwaltung diese Flexibilität hat, wird im Haushaltsplanentwurf eine Ermächtigung zur Darlehensaufnahme in Höhe von 25 Mio. EUR dargestellt.

Aber keine Sorge, liebe Ratsmitglieder: Wenn wir von dieser Darlehensermächtigung – so sie denn beschlossen wird – Gebrauch machen sollten, haben wir immer noch fast fünf Mal so viel Geld in liquiden Mitteln in der Hinterhand. Es handelt sich hier also eher um die Schaffung von Beweglichkeit in der wirtschaftlichen Betätigung als um eine Kreditaufnahme.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes „Viper 2029“ sein. Sie, liebe Mitglieder des Rates, haben mit einem deutlichen Zeichen in Richtung Klimaneutralität für das Jahr 2029 die Weichen gestellt. Wir werden derzeit überregional beachtet und natürlich schaut man jetzt darauf, wie die Stadt Verl gedenkt, mit diesem Ratsbeschluss und der geäußerten Zielvorstellung umzugehen. Wie ich Ihnen bereits bei der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes signalisiert habe, ist im Stellenplan der Stadt Verl nun eine weitere Stelle im Bereich des Klimaschutzmanagements vorgesehen. Die auszuwählende Person soll die sogenannte „Leitstelle“, die im Klimaschutzprogramm niedergeschrieben ist, besetzen. Ferner gibt es einen Betrag in Höhe von 100.000 EUR zur direkten Umsetzung des Programms Viper 2029 als Haushaltsplanansatz. Nochmals 100.000 EUR sind dafür vorgesehen, die notwendigen Planungsschritte einzuleiten. Es ist kein Geheimnis, dass es bisher ausgenommen von Aussagen in Koalitionsverträgen auf Bundes- und Landesebene noch kein neues, konkretes Planungsrecht für die Kommunen gibt. Wir vertrauen also auf die Aussagen der Politik und arbeiten diesen folgend voraus. Im weiteren Verlauf meiner Haushaltsrede werde ich noch einmal auf den Koalitionsvertrag „Zukunftsvertrag für NRW“ von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahlperiode 2022 bis 2027 zurückkommen. Jedenfalls hält dieser Plan für unsere Vorhaben in Sachen Klimaschutz einige Möglichkeiten bereit, auf die ich vertraue und auf die ich setze.

Liebe Ratsmitglieder, die wichtigsten Hochbaumaßnahmen habe ich bereits genannt. Darüber hinaus wird es natürlich auch zahlreiche Tiefbaumaßnahmen geben müssen. Dazu haben Sie bereits Beschlüsse gefasst. Diesmal wird der Schwerpunkt auf Maßnahmen liegen, die einer möglichen Verjährung unterliegen könnten. Dies auch deshalb, weil wir alle gemeinsam mit

Steuergeldern umgehen und im Sinne aller Steuerzahlenden handeln müssen. Ich bin mir sicher, dass trotz der Notwendigkeit von vielen Straßenbaumaßnahmen – der Straßenzustandsbericht ist ja eindeutig und zeigt Defizite der Vergangenheit nachhaltig auf – an der einen oder anderen Stelle mit der Bürgerschaft zu diskutieren sein wird. Wir müssen also konzentriert und sachorientiert an die einzelnen Tiefbaumaßnahmen herangehen. Im gesamten Haushaltsplan stehen dafür 9.572.500 EUR zur Verfügung.

Neben dem Klimaschutz und der Ausführung von Baumaßnahmen ist natürlich auch die aktive Planung weiterer Zukunftsthemen wichtig und strategisch erforderlich. Hier ein paar Beispiele dazu: Zunächst nenne ich die Entwicklung unseres Netzwerk- und Gründerzentrums. Eine Machbarkeitsstudie hat eindrucksvoll bestätigt, dass ein Netzwerk- und Gründerzentrum in Verl eine Bereicherung und Unterstützung für die Wirtschaftsfreundlichkeit der Stadt Verl darstellt. Ein solches Zentrum ist zukunftsweisend. Es fördert die mitmachenden Betriebe im Besonderen und die Wirtschaft im Allgemeinen. Zwischenzeitlich haben wir zwei Standorte lokalisiert, die jetzt näher geprüft werden. Wenn ich in der Presse gelesen habe, dass die Würfel bereits gefallen seien, so ist das vielleicht der Wunsch eines oder einer Einzelnen. Aber Sie, liebe Ratsmitglieder, werden die Entscheidung zu treffen haben. Jetzt müssen wir aber erst einmal Zeit haben, die Varianten mit Kosten zu hinterlegen. Um es vorweg zu sagen: Ich stehe ganz klar zu dem Gedanken, Wirtschaftsförderung auch mit einem Netzwerk- und Gründerzentrum zu betreiben. Wir sollten es aber so anlegen, dass nicht Wolkenkuckucksheime gebaut und Startups unterstützt werden, die eher in Universitätsstädte gehören, sondern dass unser Netzwerk- und Gründerzentrum eine solide Basis hat – auch auf der Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolges hier in der Stadt. All das wird Geld kosten. Nähere Angaben dazu finden Sie im Investitionshaushalt für die nächsten Jahre. Eng mit dem Netzwerk- und Gründerzentrum ist natürlich auch die alte Mühle verbunden. Hier ist es jetzt wichtig, wie Sie, liebe Ratsmitglieder, in Kürze entscheiden werden: Gründerzentrum an der alten Mühle – ja oder nein? Und wenn nein, was entwickeln wir dann dort? Deshalb stehen hier auch zur alten Mühle wegweisende Entscheidungen in den nächsten Monaten an.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsprojekt für unsere Stadt ist die Entwicklung des Marktplatzes. Der Dialog mit der Bürgerschaft hat begonnen, und im Vergleich zu anderen Beteiligungsthemen sind bereits sehr viele Stellungnahmen und Vorschläge eingegangen. Diese zu bewerten und in ein einheitliches Konzept als Beschluss zu überführen, wird Ihre Aufgabe sein, liebe Ratsmitglieder. Der neue Marktplatz wird in einigen Jahren sicherlich das Gesicht der Stadt verändern. Dies nicht zuletzt auch, weil die Reaktivierung der Bahnstrecke Harsewinkel – Verl unaufhaltsam voranschreiten wird. Genauso wie wir seitens der Verwaltung an dem Abschnitt Verl – Hövelhof mit einer innovativen Idee weiterarbeiten wollen. Für die genannten Maßnahmen finden Sie ebenfalls entsprechende Haushaltsmittel im Entwurf eingestellt. Zu den Zukunftsthemen gesellen sich natürlich auch die Planungskosten und Investitionen für die Bildung in Kitas und Schulen. Dazu zählt insbesondere der Ausbau der offenen Ganztagschule, um dem Rechtsanspruch in Zukunft gerecht werden zu können. Die Planungen für die Erweiterung des Gymnasiums, um den G9-Betrieb sicherzustellen, haben hausintern bereits begonnen, in Kürze wird es hierzu Vorlagen für die Politik geben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe eben Bezug genommen auf den Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in NRW. Ich habe ausgeführt, dass dieser Vertrag Optionen für unser Klimaschutzkonzept Viper 2029 eröffnet, und ich habe diesen Koalitionsvertrag, da dürfen Sie sicher sein, auch in den anderen Teilen sehr genau gelesen. Er enthält sieben Kapitel, die sich dem Klimaschutz, der Chancengerechtigkeit im Bildungsland NRW, der Sicherheit in einer offenen Gesellschaft, dem sozialen Zusammenhalt in den Zeiten des Umbruchs und der Generationenverantwortung sowie der Kooperation der Koalitionspartner bis hin zum Kabinett widmen. Und wer genau liest, findet in dem Kapitel „Generationenverantwortung: Finanzen und Haushalt“ einen zunächst unscheinbaren Passus – quasi im Kleingedruckten –, der für die Stadt Verl aber eine erhebliche Bedeutung haben wird. Auf Seite 141 in den Zeilen 6.942 bis 6.947 ist folgendes zu

lesen – ich zitiere: „Wir werden den bestehenden Gewerbesteueroasen der Kommunen in Nordrhein-Westfalen entgegentreten. Im Gemeindefinanzierungsgesetz werden wir Regelungen verankern, die solche Gewerbesteueroasen unattraktiv machen und negative Schlüsselzuweisungen für solche Kommunen vorsehen, deren tatsächliche Gewerbesteuerhebesätze sehr deutlich unter den fiktiven Hebesätzen des Landes liegen.“ Zitatende.

Mit dieser Regelung wollen die Koalitionspartner die Kommunen treffen und zur Raison bringen, die in erster Linie mit einem niedrigen Gewerbesteuersatz antreten, auf diese Weise Briefkastenfirmen in ihre Städte locken und für Unruhe in der Gewerbesteuerberechnung sorgen. Das Ansinnen des Landes ist durchaus verständlich. Wenn man diese Zeilen allerdings seziert und genau betrachtet, erkennt man für Verl einen drohenden Angriff auf die Stadtfinanzen. Wie bei der unsäglichen Abundanzumlage, die Gott sei Dank damals von der schwarz-gelben Koalition abgeschafft wurde, wird hier über den Koalitionsvertrag dem Land quasi durch die Hintertür wieder die Möglichkeit eröffnet, eine Umlage von Städten zu erheben, die sich deutlich unterhalb des fiktiven Hebesatzes befinden.

Wir alle wissen, dass wir hier in Verl gut damit gefahren sind, unseren Firmen durch einen niedrigen Gewerbesteuerhebesatz die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung zu geben, die Möglichkeit zu investieren und damit auch die Möglichkeit, Arbeitgeberin und Arbeitgeber für viele Menschen zu sein. Der Wohlstand der Stadt Verl hängt eng mit unseren verarbeitenden Wirtschaftsbetrieben zusammen. Das unterscheidet uns von den Städten, die es gezielt auf Briefkastenfirmen abgesehen haben. Es war immer die Politik in dieser Stadt, die Steuersätze so niedrig wie möglich zu halten, damit Geld, das nicht unbedingt sofort für die städtische Entwicklung gebraucht wird, dort bleibt, wo gewirtschaftet und erwirtschaftet wird. Diese Politik hat in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, dass wir – wie ich gerade ausführte – eine florierende Wirtschaft haben, die im Schulterschluss mit der Stadt zu unserer guten Lage beiträgt. Wir haben, sehr geehrte Damen und Herren, so gut wie keine Briefkastenfirma hier in Verl. Die

wenigen, die es gibt – das kann ich an dieser Stelle auch unter Wahrung des Steuergeheimnisses durchaus sagen – leisten keinen nennenswerten Beitrag für das gesamte Gewerbesteuererfordernis in der Stadt. Er ist so verschwindend gering, dass ich fast sagen würde, er liegt im Promillebereich. Wir sind also keine „Steuroase“, die dazu genutzt wird, mit wenig Personal einen Briefkasten zu betreiben und mit der Verschiebung von Geld eine möglichst geringe Steuerlast zu erhalten. Die Gewerbesteuer in Verl wird durch redliche Arbeit der vielen Firmeninhaberinnen und -inhaber mit vielen tausend Erwerbstätigen verdient. Aus dem Koalitionsvertrag, aus dem ich eben zitiert habe, lassen sich für Verl dennoch durchaus Bedenken für den städtischen Haushalt ableiten. Nochmals: Das Ansinnen des Landes NRW selbst kann ich sehr gut nachvollziehen, trotzdem hängt jetzt ein Damoklesschwert über uns, das uns, wenn es herabstürzt, eine Überweisung von Millionenbeträgen in Richtung Düsseldorf bescheren könnte. Eine „negative Schlüsselzuweisung“ ist nämlich nichts anderes als die Zahlung einer Stadt oder Gemeinde in Richtung Land. Die Stadt Verl hat bereits durch die Abundanzumlage viele Millionen Euro Richtung Düsseldorf gezahlt. Damit sollte eigentlich Schluss sein.

Um Verl erst gar nicht in die Bedrouille kommen zu lassen, diese „Strafzahlungen“ überweisen zu müssen, schlage ich Ihnen jetzt eine Regelung vor, die das Potential hat, zahlreiche Diskussionen auszulösen.

Liebe Ratsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn es zunächst unpopulär erscheint, empfehle ich Ihnen im Einvernehmen mit dem 1. Beigeordneten und dem Kämmerer in dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf eine maßvolle Anhebung der Gewerbesteuer von 340 Punkten auf 360 Punkte. Dies geschieht in der Kenntnis des Koalitionsvertrages sowie angesichts eines Gesprächs mit dem Ministerium, in dem deutlich gemacht wurde, dass die Stadt Verl bei dem jetzigen Gewerbesteuersatz von der Zahlung einer „negativen Schlüsselzuweisung“ sehr sicher ausgehen müsse. Verl wird eben im Sinne der Lesart des Koalitionsvertrages als „Steuroase“ gesehen. Ich bin natürlich in den unterschiedlichsten Gremien bemüht, herauszufinden, was genau die Aussage in dem Koalitionsvertrag hinsichtlich der Abweichung von

dem fiktiven Hebesatz beinhaltet. Bisher gibt es dazu allerdings keine verlässlichen Aussagen. Allenfalls, dass es spätestens im nächsten Jahr eine Regelung für die Zukunft geben soll, nach der es bei einer noch zu bestimmenden prozentualen Abweichung von dem fiktiven Hebesatz zu den zitierten „negativen Schlüsselzuweisungen“ kommen soll. In unterschiedlichen Gesprächen konnte ich heraushören, dass man als Kommune bei einem Delta zwischen 10 und 15 % unterhalb des fiktiven Hebesatzes mit Strafzahlungen rechnen könne.

Der fiktive Hebesatz auf Landesebene beträgt zurzeit 416 v. H. Punkte. Ich glaube, dass wir mit den im Haushaltsplanentwurf angesetzten 360 v. H. Punkten bei der Gewerbesteuer eine Marke erreichen, mit der wir noch soeben von dieser „negativen Schlüsselzuweisung“ verschont bleiben könnten. Sicher ist das nicht, aber sehr wahrscheinlich. Gegebenenfalls müsste hier dann im Laufe des nächsten Jahres, wenn sich neue Erkenntnisse ergeben, noch nachjustiert werden. Um es klar zu formulieren: Die Stadt Verl ist hier und heute nicht darauf angewiesen, die Gewerbesteuer anzuheben. Ich schlage sie aber gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand unter Beachtung einer verantwortungsvollen Haushaltsführung und mit Blick auf den Koalitionsvertrag vor. Das dient der Sicherheit unserer Stadtfinanzen und der Vermeidung von Strafzahlungen in Richtung Düsseldorf.

Wenn ich gerade gesagt habe, dass die Stadt Verl nicht zwingend auf die Erhöhung der Gewerbesteuer angewiesen ist, so stellt sich die Frage nach einer Kompensation durch eine Entlastung in einem anderen Steuerbereich. Im Koalitionsvertrag ist die Grundsteuer nicht erwähnt, sodass ich davon ausgehe, dass die Erhebung und Höhe der Grundsteuer nicht Gegenstand der Koalitionsverhandlungen war. Insoweit schlage ich Ihnen gemeinsam mit dem Kämmerer und dem 1. Beigeordneten vor, die Grundsteuer um den Punktesatz zu reduzieren, um den die Gewerbesteuer erhöht werden soll. Mit anderen Worten: Die Grundsteuer B soll in Verl von 190 auf ein Rekordtief von 170 Punkten sinken, die Grundsteuer A von 110 auf 90. Mit diesem Schritt erreichen wir gleichzeitig in Zeiten steigender Energie- und Verbrauchskosten sowie ei-

ner hohen Inflationsrate eine Entlastung für die Einwohnerinnen und Einwohner. Die Grundsteuer wird in der Regel auch von den Mieterinnen und Mietern gezahlt, so dass diese Entlastung wirklich vielen Menschen zugutekommt. Auch die Firmen zahlen übrigens Grundsteuer, so dass hier auch eine direkte anteilige Kompensation der möglichen Gewerbesteueranhebung vorliegt. Zusammengefasst könnte man etwas überspitzt mit dem Wort aus dem Koalitionsvertrag formulieren: Wir verlassen eine „Steuroase“, weil wir es müssen, und wir wechseln zu einer nächsten, weil wir es können.

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates, Sie werden jetzt natürlich sehr schnell feststellen, dass die Erträge durch die angestrebte Anhebung der Gewerbesteuer höher sind als die Einnahmeverluste durch die reduzierte Grundsteuer. Mit dem Blick darauf, dass zurzeit eigentlich keine Gewerbesteuererhöhung notwendig ist, schlage ich Ihnen deshalb vor, zukunftsweisend das Mehr in der Gewerbesteuer auch in die Wirtschaft zu reinvestieren: Sie finden im Haushaltsplanentwurf wie schon erwähnt Ausgaben für ein Netzwerk- und Gründerzentrum sowie darüber hinaus Ausgaben für die Entwicklung von alternativen Energieformen. Ich stelle mir vor, dass wir mit den über die Kompensation mit der Grundsteuer hinausgehenden Mehreinnahmen durch die Gewerbesteuer das Netzwerk- und Gründerzentrum auf solide Füße stellen können. Hier wird dann mit Geldern, die aus der Wirtschaft kommen, direkt etwas für die Wirtschaft getan. Damit wird der Wirtschaftsstandort Verl auch insgesamt für unsere Wirtschaftsbetriebe gestärkt. Ferner ist es unser gemeinsames Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Firmen durch eine eigene Energieversorgung zum Beispiel mit Wind- und Solarenergie einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen. Ein hoher Betrag aus der Gewerbesteuereinnahme soll direkt in den Aufbau der Solar- und Windenergieinfrastruktur hier in der Stadt Verl fließen. Es ist eine Investition mit einem Risiko, darüber bin ich mir bewusst, denn dafür benötigen wir viele geeignete Grundstücke. Aber in der heutigen Zeit ist es notwendig, sich mit dem Thema Energieautarkie mehr denn je zu beschäftigen. Wenn alles gut geht, dann können wir am Ende den Firmen, die durch die Erhöhung der Gewerbesteuer etwas mehr in die Stadtkasse einzahlen müssen, eine Reduzierung der Energiekosten in Aussicht stellen. Diese Reduzierung wird

übrigens auch bei den Haushalten ankommen. Bezüglich der Grundstücksverfügbarkeit werde ich gemeinsam mit Experten noch im November dieses Jahres Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer einladen. Bei diesem Gespräch werde ich insbesondere um Grundstücke werben.

Selbstverständlich ist eine Gewerbesteuererhöhung in der jetzigen Zeit, in der eine Krise der anderen folgt, nicht schön. Aber unter dem Aspekt, dass wir das Geld nicht einfach in den Haushalt der Stadt Verl fließen lassen, sondern es allen Bürgerinnen und Bürgern einschließlich der Firmen durch die Senkung der Grundsteuer zukommen lassen und ferner eine Investition in das Netzwerk- und Gründerzentrum sowie in die wirtschaftliche Energieversorgung vornehmen, erscheinen mir die Maßnahmen ausgewogen und vertretbar.

Sehr geehrte Damen und Herren, vor Ihnen liegt ein Vorschlag, der mir schlüssig und wie gerade gesagt, ausgewogen erscheint. Natürlich fällt es mir schwer, eine Steuererhöhung vorzuschlagen. Aber die Notwendigkeit, auf unsere Verler Finanzen mit Blick auf den Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu achten, und die Wertschöpfung des Geldes hier in Verl und nicht in Düsseldorf vorzunehmen, ist mir ein wichtiges Anliegen. Die von den Betrieben in Verl erwirtschaftete Gewerbesteuer sollte auch möglichst in Verl investiert werden.

Jetzt kann man fragen: Warum wartet der Bürgermeister nicht mit der Ankündigung einer Steueranhebung, bis das Land eine Entscheidung getroffen hat? Im Warten sehe ich allerdings eine Gefahr. Es wird auf Landesebene eine Stichtagsregelung geben. Und wenn wir dann erst mit den Überlegungen beginnen, kann es schon zu spät sein. Man wird uns vorhalten können: „Haben Sie den Koalitionsvertrag nicht gelesen?“ Oder: „Sie hatten doch genug Zeit zu reagieren!“. All das möchte ich uns, möchte ich Ihnen, liebe Ratsmitglieder, ersparen. Ich bin mir sicher, dass die vorhin zitierten Zeilen des Koalitionsvertrages eine Umsetzung finden werden.

Sehr geehrte Ratsmitglieder, der vorliegende Haushaltsplanentwurf hat ein paar Unwägbarkeiten, darauf habe ich schon hingewiesen. Insgesamt aber haben die Kolleginnen und Kollegen im Haus natürlich zuverlässig und mit Augenmaß ihre Zahlen ermittelt. Der Bürgermeister steht zwar hier vorne und bringt gemeinsam mit dem Kämmerer den Haushaltsplanentwurf ein, aber dahinter stehen viele Wochen intensiver Arbeit in der Verwaltung. Dahinter stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich für die Stadt Verl einsetzen. Ihnen allen sei an dieser Stelle gedankt. Namentlich nennen möchte ich hier die Fachbereichsleiterin Frau Schmidt, ihren Mitarbeiter Herrn Pelkmann sowie natürlich unseren neuen Kämmerer Herrn Schallenberg an der Spitze der Finanzverwaltung.

Wenn ich das Thema Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anspreche, folgen normalerweise auch Ausführungen zum Stellenplanentwurf. Sie werden erkennen, dass es in diesem Jahr relativ wenige Veränderungen gibt. Nach dem Wechsel der Kolleginnen und Kollegen des Rettungsdienstes zum Kreis Gütersloh ist natürlich eine entsprechende Reduzierung im Stellenplanentwurf zu erkennen. Ferner hatte ich ja bereits ausgeführt, dass eine neue Stelle für die Klimaleitstelle installiert werden soll.

Als Ausfluss der Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gibt es zudem Veränderungen im Stellenplan des Jugendamtes und als Ergebnis einer Organisationsuntersuchung soll es auch eine neue Stelle im Personalbereich geben, die sich ausschließlich mit Organisationsaufgaben und der Digitalisierung der Verwaltung beschäftigt. Um dem Label „Sportstadt“ näher zu kommen schlage ich Ihnen vor, die bisher zeitlich befristete Stelle im Bereich des Sportes zu entfristen und dauerhaft einzurichten. Die Personalkosten steigen im Vergleich zum Haushalt 2022 letztendlich um 4,25 %, insbesondere auch aufgrund einer angenommenen Lohnerhöhung von rund 4 %. Ob es dabei bleiben wird, vermag ich nicht zu sagen. Die Forderungen der Gewerkschaften für die nächste Tarifrunde im öffentlichen Dienst liegen bekanntlich bei 10,5 %. Es stehen also schwierige Tarifverhandlungen an. In jedem Fall müssen wir wohl davon ausgehen,

dass die Tarifabschlüsse in den nächsten Jahren in Anbetracht der anhaltend hohen Inflation sicherlich etwas höher ausfallen als in der Vergangenheit.

Liebe Ratsmitglieder, Sie erhalten wieder einen Haushaltsplanentwurf mit einem Volumen im neunstelligen Bereich. Es ist ein herausfordernder, umfangreicher und in einigen Punkten sicherlich auch viel zu diskutierender Etat.

Bei den Beratungen in den nächsten Wochen wünsche ich Ihnen das notwendige Feingefühl für die derzeitige Lage, die Ehrlichkeit in der Diskussion und natürlich einen guten Abschluss mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes kurz vor Weihnachten.

In diesem Sinne bin ich

Ihr Bürgermeister

Michael Esken